

Peter Köpf

## Hilfe, ich werde konservativ!

Die Zeiten ändern sich – meine Überzeugungen nicht. Eine Polemik

272 Seiten, Bergisch Gladbach (Bastei Lübbe), 2007



➔ Inhalt

➔ weitere Veröffentlichungen zum Thema

# Inhalt

## 1. **Konservative sind überall**

Konservativ ist ein unbesetztes Wort. In diesem Haus will nicht einmal die Union mehr wohnen. Die meisten Menschen des dritten Jahrtausends sind der Zukunft zugewandt, sie folgen dem Fortschritt oder haben selbst zukunftsweisende, innovative Ideen. Während die Welt sich bewegt, bleiben viele zurück und fragen sorgenvoll: Marschiert der Fortschritt in die richtige Richtung? Ist, was wir haben, nicht erhaltenswert? Blicken wir Zweifler also den Tatsachen ins Auge: Wir sind von gestern. Was wir nie für möglich gehalten hätten: Wir sind konservativ.

## 2. **Die Jugend von heute: Noch nichts geleistet, aber Ansprüche**

Das Vorrecht der Jugend ist der Widerspruch. In den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik konnten die Eltern das nicht akzeptieren und reagierten mit harter Hand: „Solange du deine Füße unter meinen Tisch...“ Die Kinder der Eltern mit 68er-Prägung haben viel mehr Freiheiten als Oma und Opa, die Welt wollen sie jedoch nicht mehr verändern. Das haben ihre Eltern schon erledigt. Die jungen Erwachsenen meckern allenfalls über die hohen Staatsschulden, die sie einmal bezahlen müssen, und daß ihnen die Zukunft geraubt werde. Ein bißchen mehr Opposition wäre angebracht – aber nicht wegen der Kohle.

## 3. **Ich bin Eltern, was leistest du?**

Bei der knappen Ressource Kind hört der Neoliberalismus auf, auch die dogmatischsten Prediger der Eigenverantwortung und die brutalstmöglichen Deregulierer rufen nach Subventionen. Gute Zeiten für werdende Eltern, die auf steigende Preise für ihre knappe Ware setzen dürfen. Die Mittel soll der Staat herbeischaffen. Weil er klamm ist, holt er die Kinderprämie von denen, die kein Humankapital liefern: den

Kinderlosen. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht: Das kapitalistische Prinzip von Angebot und Nachfrage funktioniert am besten auf rheinischer Basis.

#### **4. Für welches Leben sollen wir lernen?**

Wilhelm von Humboldt ist seit langem tot. Das deutsche Bildungsideal wankt. Die Wirtschaft, so scheint's, möchte aus den Schulen Berufsschulen machen. Ginge es nach dem Willen zahlreicher Wirtschaftsführer, würden unsere Kinder für die Karriere lernen, wo unsere Eltern noch fürs Leben lernten. Vielleicht haben sie vergessen, was andere noch wissen: Das Leben ist mehr als das Füllen von Geldspeichern. Bildungseinrichtungen dürfen nicht bloß „Dienerinnen der Nützlichkeit“ sein, warnte Humboldt.

#### **5. Frauen gegen Männer: warum nicht gemeinsam?**

Es ist still geworden um die alten Kämpferinnen für die Frauenrechte. Sie haben die Männer klein gekriegt und dafür das Bundesverdienstkreuz und eine Menge gut dotierte Stellen bekommen. Für ihre Inhaberinnen gäbe es noch immer genug zu tun: Sie müßten allerdings, statt alte Vorurteile zu pflegen, ihr Auge mehr auf ihre Schwestern richten. Dann würden wir „Frauerversteher“ gern an unseren alten Gewohnheiten festhalten und daran mitarbeiten, daß auch die letzten Männerbastionen fallen. Am besten aber wäre: Laßt die jungen Frauen selbst über ihr Leben entscheiden.

#### **6. Zweifelhafte Vorbilder**

Unsere Eltern lehrten uns: Bescheidenheit ist ein Zier... Unsere Eliten demonstrieren uns heute Tag für Tag: ...doch man kommt weiter ohne ihr.

Die Leittugenden der Gesellschaft sind Egoismus und Gier. Fast beschleicht einen die Sehnsucht nach den alten Patriarchen, die noch wußten, was Verantwortung ist und wo das Gewissen sitzt. Leider hatten auch die alten Patriarchen ihre Fehler, und deshalb wissen wir schon lange: Diese Vorbilder taugen zu nichts. Retten können wir uns nur selbst – mit den guten alten Tugenden der Massen: Solidarität miteinander, Gerechtigkeit gegeneinander und Anstand untereinander.

## **7. Zeit fürs Bewahren: Freiheit statt Liberalisierung**

Es ist, als wären die Zeitungen gleichgeschaltet. Die Deutschen, schreiben nicht nur Wirtschaftsjournalisten von SZ bis FAZ, von taz bis Welt, hätten Angst vor der Freiheit. Das ist Unsinn. Die Masse der Deutschen hat Angst, mit zunehmender Liberalisierung des Markts ihre Freiheit zu verlieren. Sie wissen oder ahnen: Totale Freiheit für wenige wirkt für die Masse freiheitsberaubend. Der Kapitalismus ist, das bleibt wahr, ein Raubtier. Deshalb muß er gebändigt, zivilisiert werden.

## **8. Arbeit muß sich lohnen**

Um Arbeitslose dazu zu zwingen, gering bezahlte Arbeit anzunehmen, will Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, das Arbeitslosengeld II kürzen. Schließlich muß der § 22, Absatz 4 des Bundessozialhilfegesetze gesetzlich geregelte Abstand zwischen Lohn und Sozialleistung gewahrt bleiben. Damit die Löhne sinken können, muß also die Sozialhilfe runter. Dabei verdienen bereits heute 1,3 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland weniger als 1000 Euro monatlich, sechs Euro pro Stunde. Die berechnete Forderung bleibt die alte: Wer noch Arbeit hat, soll davon leben können – und wem der Markt keine gibt, darf nicht hungern.

**9. Wieso sollen wir „bluten, schwitzen, weinen“?  
Solidarsysteme erhalten**

Da staunen sie, die Damen und Herren von der Union und der FDP. Das hätten sie nicht gedacht. Aber die kriegen das doch noch hin, die 68er: Macht kaputt, was euch kaputt macht! Die Grünen sind die wirklichen Wirtschaftsliberalen von heute. Und die Sozis? Zuerst allein, nun gemeinsam mit der neuen sozialdemokratischen Regierungschefin Angela Merkel von der CDU zertrümmern die einstigen Jusos, SHBler und K-Gruppenmitglieder diesen Sozialstaat, gegen den sie einst Steine, wenn nicht Molotow-Cocktails geworfen haben, mit den Mitteln der Regierungskunst. Gerechtigkeit? Solidarität? Sozialstaat? Dafür sorgen doch die netten Herren Versicherer und Fondsmanager viel besser. Wir dürfen ruhig weiterschlafen und schön träumen.

**10. Steuern: Gebt dem Staat,  
was des Staates ist**

Steuern zahlen will kein Mensch. Doch zunehmend sind es die abhängig Beschäftigten, die dem Staat das Geld geben, mit dem er seine Aufgaben erfüllen soll. Die Unternehmen, vor allem die international agierenden Konzerne, stehlen sich aus der Verantwortung. Gleichzeitig beklagen ihre Manager den schlechten Zustand der Schulen und Straßen. Diese Infrastruktur zu erhalten lohnt sich. Dafür Steuern zu zahlen ebenfalls.

**11. Festung Deutschland:  
Kuscheln im neuen Patriotismus**

Die Deutschen reisen gern in die fremde weite Welt – und fürchten diese zugleich. Deshalb machen sie die Schotten dicht, aber die Globalisierung läßt „Deutschland den Deutschen“ nicht mehr zu. Statt „Ausländer raus“ lautet die Forderung der

Ausgrenzer jetzt: Integration. Manche nennen es auch Assimilation. Was sie damit meinen, verraten reaktionäre Abschieber wie Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm. Der rbb solle, trug er Intendantin Dagmar Reim an, sein „Radio Multikulti“ umbenennen. Wenn die Ausländer schon kommen, so die Botschaft, dann sollen sie sich gefälligst unauffällig verhalten und gute Deutsche sein.

## **12. Anti-Terror-Gesetze: Angst, die Freiheit zerstört**

Mißtrauen und Angst haben Konjunktur. Der Terrorismus einiger Islamisten und der vielbeschworene „Clash of Civilisations“ haben offenbar ausreichend Panik verbreitet, um an Grundpfeilern der Demokratie kratzen zu können. Mit der Absicht oder unter dem Vorwand, für Sicherheit zu sorgen, schränken Politiker und Justizbehörden die Freiheit ein. Und bei den Truppen der selbsternannten vierten Gewalt, in den Redaktionen, entwickeln liberale Freiheitskämpfer den größten Eifer dabei, das Bankgeheimnis zu verteidigen.

## **13. Ich bin ein Konservativer**

„Wo sind die Konservativen?“ fragte Michael Stürmer und stellte fest, es gebe sie nicht mehr, sie seien nur noch „Schreckgespenst, mit dem sich Grüne und Rote Identität und Kampfeszmorn verschaffen“. Paul Nolte dagegen will den Konservatismus „völlig neu zusammensetzen“. Das ist allerdings überhaupt nicht nötig, und ihm und Stürmer hätte ein Blick nach links genügt. Dort sitzen sie nämlich, die Konservativen, den Kampfeszmorn holen sie sich beim Bündnis der Reaktionären mit den Neoliberalen. Sie sind konservativ, weil sie Überzeugungen treu bleiben statt Interessen zu folgen, auch wenn es persönlich etwas kostet. Die Konservativen sind heute die alten Linken. Das auszusprechen haben sie bisher nicht gewagt.

## Weitere Veröffentlichungen zum Thema

*NOVO, Sept./Okt. 2007*

### **Der Konservative trägt heute Rot**

Weshalb es heute richtig ist, Bewahrer zu sein

Von Peter Köpf

„Wo sind die Konservativen?“, fragte Michael Stürmer vor mehr als einem Jahr und stellte fest, es gebe sie nicht mehr, sie seien nur noch ein „Schreckgespenst, mit dem sich Grüne und Rote Identität und Kampfeszmorn verschaffen“. Paul Nolte dagegen will den Konservatismus „völlig neu zusammensetzen“, Daniel Dettling suchte kürzlich in der Financial Times Deutschland nach einer „neokonservativen Renaissance“, und Andreas Zielcke fragte in der Süddeutschen Zeitung: „Was heißt konservativ?“. Doch sie alle suchen die Konservativen am falschen Ort.

„Konservativ“ ist ein unbesetztes Wort. In diesem Haus wollen nicht einmal mehr die Mitglieder der Union wohnen. Die Menschen des dritten Jahrtausends sind der Zukunft zugewandt, sie folgen dem Fortschritt oder haben selbst zukunftsweisende, innovative Ideen. Während die Welt sich so bewegt, bleiben gerade diejenigen zurück, die sich einst für fortschrittlich hielten. Die wenigen beharrlichen Linken, die sich zu bekennen noch wagen, fragen sich – meist im Stillen – sorgenvoll: Marschiert der Fortschritt in die richtige Richtung? Wie konnte es geschehen, dass die Deutschen heute den Begriff Gerechtigkeit eher bei den alten Konservativen ansiedeln, bei der CSU, der letzten sozialdemokratischen Partei des Landes?

Die Ideale der einstigen Linken sind heute von gestern. Wer sich noch zu den Ideen der Sozial-

demokratie der Brandt-Ära bekennt oder sich gar Sozialist nennt, erntet nur ein mitleidiges Lächeln. Wer nach Ethik fragt und nach verbindlichen internationalen Absprachen, statt die normative Kraft des weltweiten Wettbewerbs als unveränderbar hinzunehmen, der gilt in dieser durchökonomisierten Welt als Gestriger.

Doch es gibt eine Menge gute Gründe, gegen das alle Disziplinen lähmende Betriebswirte-Mantra anzugehen, der Egoismus der Unternehmer und der Markt regelten das Miteinander der Menschen am besten. Das genaue Gegenteil ist nämlich der Fall: Die kompromisslose Ökonomisierung aller Lebensbereiche, das Effizienzdenken hebt mitnichten das Lebensniveau aller Menschen, wie die Säulenheiligen des radikalen Wirtschaftsliberalismus predig(t)en; eine Menge Nusschalen saufen ab. Das ist offensichtlich, und doch bleibt die Religion des Neoliberalismus in der Wahrnehmung des Publikums unangefochten.

Warum stellt niemand mehr die grundlegenden Fragen? Ist Ökonomie alles? Weshalb sollen wir dem Gewinnstreben alles Leben unterordnen? Was meinen Politiker, die fordern, man müsse den Menschen „Eigenverantwortung zurückgeben“, und warum plappern diejenigen, die sich selbst gern als Kontrolleure der Macht verstehen, als „vierte Gewalt“, diesen Euphemismus so eifertig wie unkritisch nach?

Die Menschen, die in den vergangenen Jahren das Geschenk von mehr Eigenverantwortung erhielten, bleiben ohnehin schon zurück. Während deutsche Spitzenverdiener ihre Einkünfte zwischen 1994 und 2004 inflationsbereinigt um jährlich 1,5 Prozent steigern konnten und auch mittlere Einkommen einen höheren Reallohn erzielten, nahm die Zahl der Armen zu: Mittlerweile 17,3 Prozent der Deutschen, in Ostdeutschland sogar 21,3 Prozent, haben weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens zur Verfügung.



Am beschämendsten offenbart sich die Ökonomisierung aller Lebensbereiche beim entwürdigenden Geschacher um höhere Prämien fürs Kinderkriegen. Sogar die FDP, die ansonsten an allen Fronten für mehr Eigenverantwortung plädiert, mischt beim Elternbeglücken mit, vielleicht, weil ihre Klientel potenziell am meisten profitieren könnte: gut verdienende junge Eltern. Weshalb nicht gleiches Geld für alle, die den „Pflichten gegenüber Familie, Vaterland und Zukunftssicherung“ (Andrea und Roland Tichy) nachkommen, weshalb nicht gleiches Geld für jedes Kind?

Weil es um die Rettung der Nation geht, wie der Spiegel titelte, weil die Oberdenker sich wieder um die „kollektive Intelligenz“ (Donata Elschenbroich) sorgen. Da helfen dann natürlich nicht mehr die Kinder von Sozialhilfeempfängern, da müssen schon die Gene von Kapazitäten reproduziert werden. Ist das Kind dann da, nimmt dieser Staat es auch schon in die Pflicht: Kindheit ist Vorbereitung aufs Berufsleben, die „Ressource“ Kind muss zum wirtschaftlichen Wohl aller genutzt werden, der Diamant geschliffen werden. Schon fordern Unternehmerverbände mehr Wirtschaftsunterricht und die Privatisierung des Schulwesens. Die Gehirnwäsche hat auch die Mittelstandseltern infiziert, deren Blick sich sorgenvoll in die Zukunft richtet. Welche Ausbildung kaufe ich meinem Kind, damit es mit einem Wettbewerbsvorteil ins Rennen um die besten Karrieren geht?

Das also ist der Fortschritt dieses Jahrhunderts, das Maß aller Dinge ist ihr Wert in Euro. Könnte es sein, dass der Fortschritt an einer Kreuzung den Weg verpasst hat? Marschiert er in die falsche Richtung? Man wird ja noch fragen dürfen. Hat noch jemand ein Ziel vor Augen, außer dem, möglichst ohne Arbeit möglichst viel Geld zu verdienen? Träume? Utopien gar? Wo ist der Aufschrei der jungen Leute?

Die Kinder der Eltern mit 68er-Prägung haben viel mehr Freiheiten als Oma und Opa, die Welt wollen sie jedoch nicht mehr verändern. Das haben ihre Eltern schon erledigt. Sie richten sich darin ein. Die junge Generation sorgt sich allenfalls um ihr (privates) Erbe, das gefälligst nicht durch (staatliche) Schulden entwertet werden möge. Vielleicht fehlen ja nur Vorbilder aus der eigenen Generation – die es sein könnten, taugen leider nicht viel: Als sich die 27-jährige Viva-Moderatorin Charlotte Roche anschickte, zum Sender Arte zu wechseln, stellte ihr Oliver Fuchs für die Süddeutsche Zeitung Fragen. Ob sie nicht befürchte, in ihrem neuen Job bloß der lustige Farbtupfer zu sein. Ihre Antwort: „Sie meinen, dass Arte mich instrumentalisiert? Aber das war bei Viva doch nicht anders. Dort gab es eine schwarze Moderatorin und eine asiatische, eine kluge und eine dumme, eine mit großen und eine mit kleinen Brüsten und eine Verrückte, das war halt ich. Instrumentalisiert wird man doch überall.“

Nicht zu allen Zeiten haben junge Leute sich instrumentalisieren lassen. Heute dagegen verkauft man alles, auch sich selbst. Damit die Härte des radikalen Marktliberalismus sie nicht selbst treffe, beten sie wieder zu Gott und feiern dessen Stellvertreter auf Erden. Ihre Vorbeter sind die Stars des Pop, die früher eher den Highway to Hell besangen als den Highway to Heaven: „Allee der Kosmonauten“ fragt nun, ob es nicht tatsächlich wahr sein könnte, dass Gott vor zweitausend Jahren auf die Welt gekommen sei, Yvonne Catterfeld weiß: „Du bist nicht allein“, und Xavier Naidoo singt: „Der Herr führt sein Heer / und eure schlecht gebauten Straßen / machen es dem Thronwagen schwer.“

Mag sein, dass die neue Gläubigkeit die Alternative zum Esoterik-Humbug eines Teils ihrer Elterngeneration ist. Aber wohin soll es führen, wenn man betet und konservativ wählt, bevor man anfängt, richtig zu leben?

Die Älteren brauchen nicht zu glauben, sie seien ihren Kindern ein gutes Vorbild. Gerade unter ehemaligen Linken zeigt sich eine erschreckende Anpassung des Denkens und Handelns, nachdem die Lebensverhältnisse sich verändert haben. Das Sein bestimmt eben auch bei ihnen das Bewusstsein.

Wer für Multikulti und gleiche Bildungschancen eingetreten ist, verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn er vor der Einschulung in ein bürgerliches Viertel umzieht oder seine Kinder nicht auf die benachbarte staatliche Schule mit hohem Ausländeranteil, sondern auf eine Privatschule schickt. Wer, anders als die Marketingexperten und Werbeprofis der jungen Generation, noch weiß, dass nicht die Unternehmer den Mehrwert schaffen, sondern die Arbeiter und Angestellten, dessen Lebensziel kann heute nicht sein, seine Fähigkeiten dazu zu nutzen, möglichst viel Geld anzuhäufen, sondern das Geld, das alle gemeinsam erwirtschaften, möglichst fair zu verteilen. Wer für die Freiheitliche Demokratische Grundordnung (FDGO) eintrat, kann der Angst vor Terroranschlägen nicht prophylaktisch die Bürgerrechte opfern, sondern muss erkennen, dass weitere Sicherheitsgesetze das Leben auch in diesem Land nicht sicherer machen.

Wer an die Chance von „one world“ glaubt, darf die Globalisierung nicht verdammen, sondern muss sie mitgestalten. Konservativ sein heißt: Überzeugungen treu zu bleiben, statt Interessen zu wahren, auch wenn es persönlich etwas kostet.

Sie nennen es flexibel. Das Leitbild der Zeit ist der Wendehals, der Pragmatiker. Es herrscht nicht das Gesetz der Moral, der Werte, der Fairness, der Anständigkeit, sondern das Gesetz der Wölfe. Egoismus scheint heute kein menschlicher Makel mehr zu sein, Ausbeutung anderer ein probates Mittel, Gier ein akzeptabler Charakterzug,

Empathie für die Gestrandeten ein Zeichen für Schwäche oder Sozialkitsch und hohe Steuerzahlungen ein Indiz für Senilität.

Sprechen wir roten Konservativen es also aus: Dieser Fortschritt ist nicht unser Fortschritt, es ist überhaupt keiner. Wo Fortschritt den einen nutzt und anderen schadet, müssen Regeln her, die nicht von denjenigen gemacht werden, die anschließend davon profitieren.

Die über unsere Zukunft entscheiden, sind jung oder alt, Erben oder Waisen, Eltern oder kinderlos, hatten das Glück einer guten Ausbildung oder mussten mühsam nachholen, was ihnen die Jugend nicht gewährt hatte, sind Frauen oder Männer, Hausbesitzer oder Mieter, Selbstständige oder Angestellte, Millionäre oder ehemalige Hartz-IV-Empfänger. Alle haben sie eigene Interessen. Säßen diejenigen, die über die Zukunft all dieser Menschen entscheiden, hinter John Rawls' „Schleier des Nichtwissens“ und wüssten sie nicht, welche Rolle der Zufall ihnen zuteilen wird, würden sie für Regeln stimmen, die Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle versprechen.

Auch wenn ein Sozialist das staubige Wort nie mochte: Es ist Zeit, zu überzeugenden Werten zu stehen. Die heute den Abbau des „Wohlfahrtsstaats“ fordern und fördern, die umverteilen im Namen eines pervertierten Leistungsgedankens, die vergessen, dass selbst Erhard sagte, nicht „Dogmen oder Gruppenstandpunkte“ seien für die Beurteilung von Wirtschaftspolitik entscheidend, sondern „der Mensch, der Verbraucher, das Volk. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht.“ Wenn der Teil des Volks wächst, der ohne oder gar mit Arbeit verarmt, erweisen sich die neoliberalen Dogmatiker als reaktionär und noch kurzsichtiger als Bismarck,

der Marx' Zukunftsszenario vereitelte, indem er die Massen am Wohlstand teilhaben ließ, statt sie auszuschließen.

Das Unbehagen am ökonomischen Vulgärliberalismus wird bald wiederkehren. Das könnte die Stunde der roten Konservativen sein. Wessen Herz links schlägt, der ist heute zwar konservativ, doch eben kein Reaktionär. Die Linken haben lange genug ihre Wunden geleckert und geschwiegen. Es wird Zeit, dass sie sich wieder schamlos in politische Debatten einschalten, und sei es mit ihren alten, scheinbar gestrigen Idealen. Besetzen wir also mutig einen Begriff, den keiner mehr bewohnt. Seien wir standhaft und beharrend. Bekennen wir uns mutig zum Konservativ-Sein.

*The German Times, July 2007*

## **A leap for The Left**

The new party has already become the third strongest political force

By Peter H. Koepf

A specter is haunting Germany. It's name is The Left – a merger of the Party of Democratic Socialism (PDS), the successor to communist East Germany's Socialist Unity Party, and the left-leaning West German WASG, the Election Alternative Jobs and Social Justice.

Who is afraid of the new The Left? Hannelore Kraft, leader in North Rhine-Westphalia of the largest Social Democratic regional organization, isn't. "I find it a mistake to shove The Left off into a political no-man's land," she recently said. "What is important," she added, "is the question with which party the Social Democrats can best implement their political program. "Who that is going to be, is pure speculation three years before the next elections."

Kraft isn't the only member of the Social Democrats who isn't singing along with the SPD chairman Kurt Beck's line: "Don't play with the urchins" – the refrain of an old protest song from the 1960s.

The Social Democrats' healthcare expert, Karl Lauterbach, is also making the case for talks with The Left. In the end, the two parties are connected by "the same noble cause – a more just nation." And Ernst Dieter Rossmann, an SPD member of parliament, thinks they should not be ignored: "They aren't all cranks. You shouldn't underestimate either your political opponents or the people that voted for them."

The Social Democrats would do well to heed his words. Oskar Lafontaine was once their chairperson and federal finance minister. Now he leads The Left together with Lothar Bisky, until now leader of the East German PDS, who as a young man, emigrated to East Germany from West Germany. Leaders of the party include experienced union members who have turned their backs on Social Democrats in frustration. At The Left's founding conference, the speakers included popular actor Peter Sodann, feminist Frigga Haug and the director of the Berliner Volksbühne (People's Theater), Frank Casdorf. He said "churches, unions and parties" have the task of providing assistance to "people who are either unable or unwilling to find their bearings."

The Left sees itself as the "party who cares." According to Bisky, the party wants "to rethink social questions." Lafontaine places it in the "tradition of the German worker's movement." In foreign policy, The Left is against military missions abroad and wants to bring home the German soldiers now stationed in Afghanistan. Its domestic policies include the introduction of a minimum wage and keeping facilities for basic necessities, like the electrical power grid, in state hands.

Lafontaine protests against the so-called Hartz laws with which the Schröder government wanted to make the country competitive again. Now growth has returned but Lafontaine accuses the "reform anarchists" in the Social Democratic Party of destroying the welfare state. The two most important safety nets, unemployment and social security insurance, have become more precarious. "I am the reminder to the Social Democratic Party that they need to make a renewed statement of their principles as they have abandoned their old ones," Lafontaine said.

The new party has about 70,000 members, 60,000 from the PDS and the rest from the western Election Alternative. It has reportedly received 3,000 new applications since their merger in mid-June. In terms of members, this makes The Left the third largest political party in Germany. Polls taken just after the founding party conference show them getting 11 percent of the vote – which also currently puts them in third place.

A substantial number of their voters come from the Social Democrats. Almost one quarter of SPD voters say they can imagine voting for the new party in the next federal elections. Thus the Social Democratic leadership must distance themselves from The Left, and at the same time begin to plow the fallow Social Democratic fields that The Left has usurped.

Peter Struck is responsible for the distancing. He believes The Left is populist and that they are “a club of social romantics who promise everything under the sun without having the money to pay for it.”

Meanwhile, Social Democratic Party leader Kurt Beck is attempting to keep the left wing of the party at bay by recalling traditional Social Democratic values such as freedom, justice and solidarity. However, appeasing the left wing of the party could mean losing voters on the party’s right to the Christian Democratic Union. Beck is shoring up support on the right by accusing the CDU of “neo-liberalism.” The 2009 election campaign has already started, even between the parties of the governing coalition.

But the Social Democrats aren’t the only ones worried about their voters. According to a recent survey, 43 percent of Green Party voters say they could also imagine voting for The Left. North Rhine-Westphalia’s state congress member



Rüdiger Sargel has already resigned from the Greens. He took part in The Left's founding conference.

In the West, The Left is still a protest party. But in the states of eastern Germany, the post-communist party has collected quite a bit of governing experience in the past 17 years. It has learned that change is most successful through participation and responsibility – through co-governance, for instance in Berlin. A strong right-wing part of the party, the "Forum of Democratic Socialism," favors "a productive balance between the right to participation and protest and the need to take into account current circumstances in order to find pioneering democratic-socialist alternatives." This is something the protesters in the West will also have to learn if the party is to become truly relevant.

If this strategy succeeds, The Left could one day be following in the footsteps of the Green Party. Over the course of the 1980s and 1990s, the Greens transformed themselves from a mere protest party into a governing one. On that journey, they lost the so-called fundamentalists, who in no way wished to take on the responsibilities of governing. In 1998, the Green Party supplanted the Free Democratic Party as the perennial junior partner of various governments of the Christian or Social Democrats.

Gerhard Schröder risked a coalition with the former pariahs that, in the end, held for seven years – even though the Social Democratic establishment was clearly averse to bonding with the Greens. Looking toward the next elections, the Greens are now courting the conservative Christian Democratic Union.

– Peter H. Koepf is the deputy editor in chief of The German Times.

*Rheinischer Merkur, 3. Dezember 2007*

## **Alles, was rot ist**

Die CDU will ihr Profil schärfen und sucht nach der neuen Bürgerlichkeit. Ein Fehler. Wer sich als Bewahrer bewähren will, muss auf linke Themen setzen

Von Peter Köpf

Die Welt ist kalt geworden. Das Frösteln erfasst nun auch die Union. Einige werfen die lange für schick gehaltenen Kleider aus dem Kaufhaus des Fortschritts ab und hängen sich die wärmenden Mäntel vergangener Zeiten um, auf dass es wieder so kuschelig werde wie dereinst. Auch wenn Retro in ist, werden die Väter der verstaubten Klamotte keine Avantgardisten. Die zeitgemäßerer alten Stoffe haben sich die alten Linken übergeworfen, und das Publikum applaudiert. Sie sind die Bewahrer von heute, aber sie trauen sich nur nicht zu sagen, dass sie von gestern sind. Aber was ist schon dabei, zu beharren, wenn der Fortschritt die falsche Richtung einschlägt?

Deutschland rückt nach links? Nein, Deutschland wird konservativ. Das hat allerdings nichts mit der Suche von Unionisten wie Stefan Mappus, Markus Söder, Philipp Missfelder und Hendrik Wüst zu tun. Deren „moderner bürgerlicher Konservatismus“, mit dem sie die Seele der Partei wärmen möchten, ist nicht von gestern, sondern von vorgestern. Wer, wie sie in ihrem Papier zum CDU-Grundsatzprogramm, „heimatverbundenen Patrioten, überzeugten Christen und wertbewussten Konservativen“ eine politische Heimat bieten möchte, fischt im trüben, kaum belebten Wasser, während die Hellsichtigeren nebenan reiche Beute machen.

Mit den uralten Parolen finden die jungen Alt-Traditionalisten auch in der Union keine Mehrheit mehr, schon gar nicht bei den Wählern; die Leute

haben heute andere Probleme: in erster Linie Arbeit und gerechter Lohn. Um eine fairere Gesellschaft kümmern sich die alten Linken. Sie versuchen hartnäckig, die gute alte soziale Marktwirtschaft zu retten, die Wirtschaftsliberale von Schwarz, Gelb, Grün und Rot trotz anders lautender Behauptungen weiter schleifen. Diese in den vergangenen Jahren als Ewiggestrige Verspotteten sind heute die Bewahrer erleben heute als die wahren Konservativen ihr Comeback.

Der schwarze Lokalpatriotismus á la Mappus-Söder-Missfelder-Wüst dagegen hat in einer globalen Welt keine Zukunft: Wenn die Menschen beten, beten sie für ihren Arbeitsplatz; „zunehmende Gewaltbereitschaft, Vandalismus, Indifferenz und Rücksichtslosigkeit“ – der Ausgeschlossenen, Abgehängten – haben nicht die 68er zu verantworten, sondern die Politiker der neunziger Jahre, die ihren Aufgaben nicht mehr nachkamen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten den Managern in die Hände gaben in der naiven Annahme, diese wären allesamt Altruisten. Dass „Tugenden wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Fairness, Fleiß, Disziplin, Treue, Respekt und Anstand“ in einer durchliberalisierten Ellbogen-Welt nur noch wenig gelten, wäre kein Wunder angesichts der Vorbilder, aber diese Werte leben die genannten „kleinen Leute“ im Privaten, wo sie nicht den Zwängen derer gehorchen müssen, die glauben, mit den Argumenten Standortwettbewerb und Arbeitsplatz-Erhalt jede Zumutung rechtfertigen zu können. Die Tugendprediger, das haben sie gleichwohl bemerkt, leben dagegen: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.“

Die fortschrittlichen Ideen kommen heute wieder von links, es sind alte sozialdemokratische Ideen, die wieder an Macht gewinnen, weil die Mehrheit genug hat vom Primat des Wirtschaftsliberalismus. Dass (deswegen!) die „Lebensgrundlagen in Gefahr“ sind, haben nicht die „Vordenker“ der Union entdeckt, sondern bereits vor Jahrzehnten

ehemalige Linke, die Grünen nämlich. Selbst die Nachwuchsförderung hat diese Partei schon vertreten, als einer jener Vier noch am anderen Ende der Altersskala soziale Errungenschaften zu amputieren versuchte. Auf die Folgen der Globalisierung und den Abbau von Sozialleistungen hat ein ehemaliger Sozialdemokrat als erster hingewiesen, der heute „Die Linke“ leitet. Und die ausufernde Bürokratie hat schon Helmut Schmidt beklagt, dessen Nachfolger haben jedoch nichts unternommen.

Die Gesundheitsbetreiber des Konservativen hätten also ihren Blick also nach links richten müssen. Dort sitzen sie nämlich heute, die Menschen, die erhalten möchten, was der Mainstream für überkommen hält, Menschen, die ihre Welt und ihre Werte erhalten möchten, jenseits von Mitte, Mainstream, money making, Menschen, die ihr Handeln nicht allein an ihren eigenen Interessen orientieren, sondern ihren Überzeugungen sogar dann treu bleiben, wenn es persönlich etwas kostet.

Während die Welt sich ganz liberal auf dem Zug des Fortschritts wähnte, blieben gerade diejenigen zurück, die sich einst für fortschrittlich hielten. Die wenigen beharrlichen Linken, die zu bekennen noch wagen, fragen sich – meist im Stillen – sorgenvoll: Marschiert der Fortschritt in die richtige Richtung? War, was wir hatten, nicht erhaltenswert? Wo ist die Gerechtigkeit geblieben, ein Ideal, das die Schröder-SPD sträflich vernachlässigt hat und Kurt Beck nun wieder beleben will? Und weshalb schließlich ist Solidarität heute zum Unwort mutiert?

Die roten Konservativen sind weder national noch neo, sie suchen auch nicht ihren Platz in der Gesellschaft. Sie haben ihn lange inne. Sie sind darauf sitzen geblieben, während der Zug der Zeit weiterfuhr. Sie und ihre Überzeugungen gelten heute als von gestern.

Dieses Beharren ist kein Grund, sich zu schämen. Die roten Konservativen orientieren sich weiter an der Verfassung statt an der egoistischen Religion der Betriebswirte und deren Dogma des bloßen ökonomischen Nutzens, sie glauben weiter an die Fairness der alten sozialen Marktwirtschaft, statt wie die Vordenker des Fortschritts ihr neoliberales Ansinnen hinter diesem Etikett zu verstecken. Es gibt eine Menge gute Gründe, gegen das alle Disziplinen lähmende Betriebswirte-Mantra anzugehen, der Egoismus der Unternehmer und der Markt regeln das Miteinander der Menschen am besten. Die kompromisslose Ökonomisierung aller Lebensbereiche, das Effizienzdenken hebt mitnichten das Lebensniveau aller Menschen, wie die Säulenheiligen des radikalen Wirtschaftsliberalismus predig(t)en, eine Menge Nusschalen saufen ab.

Während das inzwischen selbst mittlere Union-Politiker erkennen, beharren die Meinungsmacher in den Medien. Die smarten, jungen Karrieristen sehen „keinen Widerspruch zwischen der marktwirtschaftlichen Philosophie und bewährten bürgerlichen Traditionen“. Sie predigen „das Ende der Gleichheit“, leitetartikeln, um „den vielgeschmähten ‚Manchester-Kapitalismus‘ und den ungehemmten Wettbewerb zu rehabilitieren“, erklären alte Begriffe wie die Solidarität zum „Unwort“ und beklagen der Deutschen „Angst vor der Freiheit“.

Dass die Ängstlichen dafür allen Grund haben, wusste schon Rousseau: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ Wenn es den neuen Nationalliberalen besser gefällt, können sie auch bei Treitschke lernen: „Das Übermaß der Freiheit wird Sklaverei, denn wenn es keine Autorität mehr gibt, so ist der Starke unumschränkt, und der Schwache verfällt dem Recht der Faust.“

Rote Konservative wehrten sich lange Zeit erfolglos gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, gegen den Fortschritt dieses Jahrhunderts, in dem das Maß aller Dinge ihr Wert in Euro ist. Könnte es sein, dass der Fortschritt an einer Kreuzung den Weg verpasst hat? Marschiert er in die falsche Richtung? Man wird ja noch fragen dürfen. Hat noch jemand ein Ziel vor Augen, außer dem, mit möglichst wenig eigener Arbeit möglichst viel Geld zu verdienen? Träume? Utopien gar?

Wer das Eintreten für die Schwachen bis über die Lebensmitte hinaus zu seinen selbstverständlichen Pflichten zählte, kann das nicht vergessen, nur weil der Staat angeblich nicht mehr zahlungsfähig ist. Diese Armen sind nicht weniger Mensch als die Armen der vorherigen Generation, es sind nur mehr geworden. Die heute den Abbau des „Wohlfahrtsstaats“ fordern und fördern, die umverteilen im Namen eines pervertierten Leistungsgedankens, vergessen, dass selbst der von der Union wieder gern als Zeuge aufgerufene Erhard sagte, nicht „Dogmen oder Gruppenstandpunkte“ seien für die Beurteilung von Wirtschaftspolitik entscheidend, sondern „der Mensch, der Verbraucher, das Volk. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht.“

Dazu sagten die vier Jung-Traditionalisten nichts, sie warnen weiter vor „Sozialneid“ und „Gleichmacherei“, welche die Schwachen dran hinderten, „sich selbst zu helfen“. Derartige Ideologie haben die Schwachen lange genug gehört, und ihnen helfen auch keine Krokodilstränen über den Verlust von alten Tugenden. Damit wird die Union weder den angeblichen Linksruck stoppen noch die Zuneigung der Bevölkerung zu den roten Konservativen brechen.